A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 78 Donnerstag, den 30. Juni 1932. 45. Jahrgang

Deutsche Bilanz:

Schicksal Europas und der Welt.

Lausanne, 29. Juni.

Keine Konferenz stand vom ersten Tage an so stark unter dem Eindruck, daß es sich in Lausanne nicht nur darum handelt, endgültig das Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner zu bereinigen, sondern daß es darum geht, auf viele Jahre hinaus das Schicksal Europas und der Welt entscheidend zu bestimmen.

Die ganze Entwicklung des Reparationsproblems hat der ganzen Welt eindeutig zum Bewußtsein gebracht, daß die Reparationen nicht nur die deutsche Wirtschaft zerstören, sondern auch den wirtschaftlichen Wohlstand der Gläubiger und damit auch der übrigen Welt zu vernichten drohe. Mit einer auf bisherigen Konferenzen dieser Art unbekannten Offenheit und Freimütigkeit ist in den letzten Tagen zwischen Schuldner und Gläubiger das Reparationsproblem in allen seinen Einzelheiten erörtert worden. Deutscherseits hat man in mehrfachen ganz eingehenden Darstellungen alle bekannten Gründe vorgebracht, die gegen die Möglichkeit einer Fortführung des Reparationssystems sprechen. Die deutschen Vertreter auf der Reparationskonferenz haben immer wieder darauf hingewiesen, daß durch das Verschwinden der Reparationszahlungen gerade die von allen Völkern so sehnlichst herbeigewünschte Beruhigung internationaler Wirtschaftsbeziehungen eintreten wird. Nur die Schaffung einer völlig eindeutigen, klaren und für die Zukunft übersichtlichen Lage vermag das Vertrauen wieder zurückzuführen, das allein den Wiederaufbau der Welt und eine rasche Beendigung der gegenwärtigen katastrophalen Krise ermöglicht.

Es ist deutscherseits ein Sofortprogramm vorgeschlagen, das in erster Linie die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung Oesterreichs und Südeuropas herbeiführen soll. Darüber hinausgehend hat aber die deutsche Regierung ihre Mithilfe an allen Maßnahmen zugesichert, die im weitesten Rahmen einer Reorganisation der Weltwirtschaft dienen sollen. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, an einer Stabilisierung der internationalen Währungen auf einer internationalen Konferenz, an der Aufhebung der Handelshemmnisse und der Deviseneinschränkungen, an dem Abbau von prohibitiven Zöllen und ähnlichen Maßnahmen sofort mitzuwirken.

Eine besondere Rolle spielt in dieser Hinsicht die Idee eines sogenannten „Fonds commun", dessen Hauptaufgabe darin bestehen würde, durch Kredite den Ländern mit schwierigen Währungsverhältnissen eine zuverlässige Deckungsgrundlage zu schaffen. Auch hier hat die deutsche Regierung ihre Bereitschaft zur Prüfung und Mitwirkung erklärt. Bei den Bemühungen um eine Sanierung Europas komme Deutschland und Frankreich eine besondere Stellung zu.

Die Haltung der deutschen Regierung auf der Konferenz war vom ersten Tage an vollkommen konsequent. Es widerspricht vollkommen den Tatsachen, wenn behauptet wird, die Haltung der deutschen Regierung habe sich nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Berlin versteift. Die Ausführungen des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers in den letzten Tagen gingen immer in der Richtung, daß Vorschläge für ein neues System von Reparationszahlungen unmöglich sind und daß das deutsche Volk in seiner ungeheuren Not jeden solchen Vorschlag nicht verstehe und einmütig ablehnen würde.

Die deutsche These ist und bleibt, daß nur eine Streichung der Reparationen für alle Völker eine bessere Zukunft erhoffen lasse und daß in einer Zusammenarbeit im Rahmen des konstruktiven Planes der einzig mögliche Weg zu erblicken sei, der zum Wiederaufbau Europas und der Welt führe.

MacDonald lädt Papen und Herriot zu sich

Der englische Ministerpräsident hat die Initiative ergriffen und vorläufig die Verhandlungsführung in die Hand genommen. MacDonald hat heute gleichzeitig den Reichskanzler und den französischen Ministerpräsidenten zu sich zu einer gemeinsamen Unterredung berufen, an der der englische Schatzkanzler Chamberlain und der französische Finanzminister Germain Martin teilnahmen. Kurz vorher hatte Reichsaußenminister von Neurath mit Chamberlain eine längere Besprechung.

Die Besprechung der drei Regierungschefs

Die gemeinsame Besprechung zwischen MacDonald, dem Reichskanzler von Papen und Herriot unter Beteiligung des französischen und englischen Finanzministers und des Reichsaußenministers von Neurath dauerte von 12 Uhr mittags bis kurz vor 14 Uhr.

Ueber den Verlauf dieser streng geheimen Unterredung wird lediglich mitgeteilt, daß die gemeinsame Besprechung der drei Regierungschefs weitergeführt wird. Es besteht der Eindruck, daß von englischer Seite energische Versuche im Gange sind, um eine Weiterführung der Tributverhandlungen zu ermöglichen, jedoch liegt ein praktisches Ergebnis bisher noch in keiner Richtung vor.

Angebliche Polenpläne des Kanzlers

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" will wissen, daß Reichskanzler von Papen angeblich den Wunsch habe, mit Hilfe Frankreichs eine vollständige Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen herbeizuführen.

In diesem Rahmen verfolge er einen Plan, wonach der Korridor „internationalisiert", Danzig an Deutschland zurückgegeben und Polen als Gegenleistung Freihafenerleichterungen erhalten solle, wie sie die Tschechoslowakei beispielsweise in Hamburg und Stettin genieße. Als ein weiteres Mittel zur Erleichterung der deutsch-polnischen Beziehungen habe von Papen einen Plan für die Aussöhnung der Donauländer im Sinne, in dessen Rahmen sowohl Deutschland als auch Polen einer Art Wirtschaftsunion zwischen den Donaustaaten beitreten würden.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" bemerkt zu dem angeblichen Gedanken einer Internationalisierung des Korridors, daß eine solche kaum von der ganzen deutschen Nation angenommen würde, da der Korridor auch in diesem Falle Deutschland immer noch in zwei Teile schneiden würde.

Reparationsleistungen von 1924 bis 1932

Nahezu eineinhalb Milliarden Mark.

Berlin, 29. Juni.

Der neue Reichshaushalt bringt auch einen Ueberblick über die Gesamtleistungen an Reparationszahlungen für die Rechnungsjahre 1924 bis 1932. Nach dem Dawesplan sind gezahlt worden vom 1. 9. 1924 bis 31. 8. 1929 7964,3 Millionen Reichsmark. Diese Summe gliedert sich in 800 Millionen für die Dawesanleihe, 2,4 Milliarden Zahlungen aus dem Reichshaushalt, 2,7 Milliarden Reichsbahn-Reparations-Schuldverschreibungen, Industrieobligationen 975 Millionen und Beförderungssteuer 1,1 Milliarde Goldmark.

Nach dem neuen Plan vom 1. 9. 1929 bis 30. 6. 1931 sind gezahlt worden 2855 Millionen Mark, davon 1645 Millionen Mark aus dem Reichshaushalt und 1210 als Reichsbahn-Reparationssteuer.

Nach dem Hooverplan sind in der Zeit vom 1. 7. 1931 bis 30. 6. 1932 71,5 Millionen Mark gezahlt worden. Das sind insgesamt 10 891,2 Millionen Goldmark.

Dazu kommen aber noch 508,6 Millionen Mark, die sich zusammensetzen aus dem Dienst der Aeußeren Anleihe 1924 in Höhe von 310 Millionen Mk., Zahlung nach dem Deutsch-Belgischen Markabkommen rund 60 Millionen Mark, Beitrag zu den äußeren Besatzungskosten 30 Millionen, Beitrag zu den Kosten der fremden Kommissionen 6 Millionen, einmalige Sonderanleihe bei der Bank für Internationale Zahlungen 62,5 Millionen, Dienst der internationalen Anleihe 1930 48 Millionen Mark.

Die Summe für alle Gesamtleistungen in der Zeit vom 1. 9. 1924 bis 30. 6. 1932 beträgt 11 399,8 Millionen Reichsmark.

Auch Genf festgefahren

Gibson wieder in Lausanne. — Um den Abrüstungsvorschlag Amerikas.

Lausanne, 29. Juni.

Der amerikanische Botschafter Gibson, der Führer der Genfer Abrüstungsabordnung der Vereinigten Staaten, traf Dienstag nachmittag unerwartet im Hotel Beau Rivage, dem Hauptquartier der englischen Regierung, ein und hatte dort eine längere Unterredung mit Macdonald, in der, wie verlautet, die weitere Behandlung des neuen amerikanischen Abrüstungsplanes und die Stellungnahme der englischen Regierung zu den amerikanischen Vorschlägen erörtert worden ist.

Die amerikanische Regierung verlangt eine baldige durchgreifende Erörterung der amerikanischen Vorschläge, während in den leitenden Kreisen der Abrüstungskonferenz die Absicht besteht, die Konferenz am 15. Juli auf mehrere Monate zu unterbrechen, ohne daß eine Durchberatung der amerikanischen Vorschläge stattfindet. Da die Arbeiten der Abrüstungskonferenz gegenwärtig fast vollständig ruhen, zeigt sich jetzt in Kreisen der Neutralen und der übrigen an der Lausanner Konferenz nicht beteiligten Mächte eine wachsende Mißstimmung über die fortgesetzte, jetzt schon fünf Monate andauernde Verschleppung der Abrüstungsentscheidungen. Man berät daher gegenwärtig in englisch-amerikanischen Kreisen, in welcher Weise nach dem Abschluß der Lausanner Konferenz eine Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz bewerkstelligt werden kann. Die großen Gegensätze in der Abrüstungsfrage konnten jedoch bisher noch nicht überwunden werden, so daß auch auf dieser großen internationalen Konferenz vorläufig kein Ausweg aus der Lage gesehen wird.

Reichsrat verabschiedet Etat

Berlin, 29. Juni.

Nach einem Vortrage des Generalberichterstatters Ministerialdirektors Dr. Brecht nahm der Reichsrat den Etat für 1932 an.

Der Generalberichterstatter flocht dann namens des Reichsrates eine Antwort an den französischen Ministerpräsidenten Herriot ein, in der es u. a. heißt: Im Ausland begegnet man oft der Vorstellung, daß unsere inneren Schulden, weil sie erheblich geringer seien als die Englands und Frankreichs, uns eine Vorzugsstellung im internationalen Wettbewerb einräumen könnten.

Unsere inneren Kriegs- und Vorkriegsschulden waren ebenso hoch oder höher als die Englands und Frankreichs. Weit mehr als 100 Milliarden Goldmark solcher Schulden sind durch die Inflation und minimale Aufwertung niedergeschlagen worden. Dadurch ist zwar das Reich als Schuldner entlastet, aber in genau demselben Maße die Bevölkerung finanziell verarmt. Deutschland hat seinen äußeren Gläubigern sechs bis acht mal soviel gezahlt wie seinen inneren Gläubigern.

Reichsinnenminister Frhr. von Gayl erklärte, die Reichsregierung habe sich genötigt gesehen, die in den Bestimmungen des Osthilfe-Gesetzes festgelegten Mindestbeträge für verschiedene Osthilfemaßnahmen herabzusetzen. Die Ausfälle gegenüber dem Osthilfe-Gesetz sollen jedoch durch Nachbewilligung ausgeglichen werden, sobald die Finanzlage des Reiches dies gestattet.

Da aus der Mitte des Reichsrats keinerlei Wortmeldungen vorlagen, wurde der Reichs-Etat ohne weitere Abstimmung als vom Reichsrat angenommen festgestellt.

Der Reichsrat nahm dann noch eine Reihe von Vorlagen an, auch den Entwurf einer Verordnung über Verlängerung der Gültigkeitsdauer über Umsatzsteuervergünstigungen für Ostpreußen um zwei Jahre.

Nächste Reichsratssitzung am 7. Juli.

Mißtrauen gegen Reichsregierung

Annahme im Sächsischen Landtag.

Dresden, 29. Juni.

Im Sächsischen Landtag wurde nach längerer Aussprache über den kommunistischen Antrag, der Reichsregierung das schärfste Mißtrauen des Sächsischen Landtages zu bekunden, abgestimmt. 44 Stimmen lauteten auf Ja, 27 auf Nein bei 8 Enthaltungen der Deutschnationalen. Die nationalsozialistische Fraktion blieb während der Abstimmung außerhalb des Sitzungssaales. Der Antrag der Kommunisten ist demnach angenommen. Ebenso wurde ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig genehmigt, der verlangt, bei der Reichsregierung und im Reichsrat gegen die Notverordnung der Regierung von Papen Einspruch zu erheben, mit dem Ziel, die Kürzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge rückgängig zu machen und alle Maßnahmen, die eine Belastung der unteren Volksschichten mit sich bringen, zu unterbinden.

Die Konferenz der Polizeiminister

Berlin, 28. Juni.

Die amtliche Preußische Pressestelle teilt mit:

Der größere Teil der leitenden Länderminister ist heute, den 27. Juni, auf Einladung Preußens in Berlin zusammengetreten, um politische Fragen von besonderer Bedeutung zu erörtern. Die Konferenz ergab eine erfreuliche volle Uebereinstimmung der Erschienenen. Weitere Sitzungen gleicher Art sind von Fall zu Fall je nach Bedarf in Aussicht genommen.

Was Dr. Heim gesagt hat

München, 29. Juni.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen des „Daily Expreß" über eine Unterredung ihres Sonderberichterstatters Delmer mit dem Bauernführer Dr. Heim zur Frage der Wiederherstellung der Monarchie in Bayern veröffentlicht nunmehr die „Bayerische Staatszeitung" auf Grund einer Anfrage bei Dr. Heim den tatsächlichen Inhalt des Interviews. Danach hat Dr. Heim u. a. erklärt, die Wiederherstellung einer Monarchie in Bayern habe, da eine Trennung aus dem deutschen Staatenverband ausgeschlossen sei, die Wiederherstellung der Bismarckschen Reichsverfassung zur Voraussetzung, selbstverständlich unter Anpassung an die veränderten Zeitverhältnisse. Die Zuständigkeit der Länder müsse erweitert werden.

Delmer stellte dann die Frage, ob die Stellung des zukünftigen Königs die eines aufgeklärten absoluten Monarchen sein würde, worauf Dr. Heim ihm antwortete: Das ist ausgeschlossen, im Gegenteil, ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir ein Zweikammersystem brauchen. Die deutsche Verfassung ist die schlechteste. Wir kranken am Einkammersystem und kranken an den geringen Rechten des Reichspräsidenten. Die erste Kammer müsse durch Stände-Vertreter ergänzt werden. Diesen Vorschlag habe Dr. Heim bereits 1917 dem Ministerium unterbreitet und an geeigneter Stelle vertreten lassen. Die Schlußfrage des Interviews lautete, ob Dr. Heim glaube, daß die Monarchie in Bayern einmal kommen werde. Darauf antwortete er: Ich bin kein Prophet, aber ich glaube, daß diese Stunde kommen wird. Der Zentralismus sündige gegen den Bestand des Reiches. Man könne geschichtlich Gewordenes nicht mit einem Schwamm auswischen.

38000 neue Siedler

Die Fortsetzung der vorstädtischen Kleinsiedlung.

Berlin, 29. Juni.

Die Reichsregierung hat zur Fortführung der vorstädtischen Kleinsiedlung auch für das Rechnungsjahr 1932 einen Betrag von 25 Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Ueber die Fortführung der Kleinsiedlung im einzelnen ist u. a. folgendes zu bemerken.

Die als Träger des Verfahrens für den zweiten Bauabschnitt in Frage kommenden Gemeinden und Gemeindeverbände werden bis zum 10. Juli einen Vorbescheid über die Höhe der ihnen zugeteilten Mittel erhalten. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit können nur solche Siedlungsvorhaben berücksichtigt werden, für die die Landbeschaf-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320630-16/fragment/page=0001

fung und somit die baldige Aufnahme der Arbeiten gesichert ist. Neu ist, daß jetzt im Falle der Uebertragung des Siedlungsvorhabens an ein gemeinnütziges oder Siedlungsunternehmen die Gemeinden bzw. die Gemeindeverbände keine Bürgschaft mehr zu leisten haben, sondern lediglich die Durchführung des Siedlungsvorhabens und die ordnungsmäßige Verwendung und dingliche Sicherstellung des Reichsdarlehens garantieren müssen. Gemeinden, Gemeindeverbände und Siedlungsgesellschaften können die erhaltenen Darlehen an Einzelsiedler oder rechtsfähige Siedlergemeinschaften, die bereits über den erforderlichen Grund und Boden verfügen, weitergeben. — Der bisher angesetzte Baukostenhöchstbetrag von RM. 3000 bleibt unverändert, da dieser Betrag angesichts der allgemeinen Preissenkung als ausreichend erachtet wird. Lediglich für Familien mit mehr als vier Kindern ist ein weiterer Zuschuß von 120 RM., für solche mit mehr als sechs Kindern ein weiterer Zuschuß von 500 RM. und ein zusätzliches Reichsdarlehen bis zu 500 RM. vorgesehen.

Man erwartet, daß bei entsprechender Beschleunigung der Arbeiten noch in diesem Jahr weitere 8000 Kleinsiedler- und 30 000 Kleingärtnerstellen errichtet werden können.

Deutsche Tagesschau

Gegen Mißbrauch der Schwerkriegsbeschädigten in der Agitation.

Die Reichsregierung wendet sich in unmißverständlichen Worten gegen den Mißbrauch, der mit den Schwerkriegsbeschädigten in der parteipolitischen Agitation getrieben werde. Wenn immer behauptet werde, daß die Schwerkriegsbeschädigten in ihren Renten gekürzt worden seien, so könne das nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Tatsächlich sei für die Schwerkriegsbeschädigten eine Einschränkung nur insofern eingetreten, als die Zulagen für die jugendlichen Angehörigen der Schwerkriegsbeschädigten im Alter von 15 bis 21 Jahren nur weiter gezahlt werden, wenn die Kinder in der Berufsausbildung stehen oder gebrechlich sind.

NSDAP. fordert Neubildung der bayerischen Regierung.

Der Vorsitzende der nationalsozialistischen Landtagsfraktion hat an den Landtagspräsidenten Dr. Stang ein Schreiben gerichtet, das sich gegen die Stellungnahme des Landtages zur Regierungserklärung in Sachen des Aufzugs- und Uniformverbotes wendet. Wenn die nahezu stärkste Fraktion durch sitzungspolizeiliche Maßnahmen an der Teilnahme verhindert sei, könne man von keiner Willenskundgebung des Landtages sprechen. Die Versicherung der bayerischen Regierung, daß sie zu ihrem Vorgehen allein durch ihr Verantwortungsgefühl und durch ihren Willen für Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit bestimmt werde, könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Stellungnahme Bayerns parteipolitischen Besorgnissen und einer parteipolitischen Stellungnahme gegenüber der Reichsregierung entspringe. Die nationalsozialistische Fraktion fordere unverzüglich die längst notwendige Neubildung einer verfassungsmäßigen bayerischen Regierung.

250 Jahre bayerische Armee.

Der Deutsche Offiziers-Bund erläßt folgende Veröffentlichung: „Den Kameraden der ruhmreichen Königlich Bayerischen Armee, welche am 29. Juni auf 250 Jahre ihres Bestehens zurückblicken darf, ruft der Deutsche Offiziers-Bund zu diesem Ehrentage herzliche Glückwünsche zu. Mögen die Heldentaten und Opfer aller deutschen Stämme, deren Zusammenwirken in der alten Wehrmacht sich herrlich bewährt hat, wie jetzt so immer den unlöslichen Kitt bilden, der Nord und Süd in gemeinsamem Wirken für Deutschlands Größe und Ehre eint und unverbrüchlich zusammenhält."

Auslands-Rundschau

Einfuhr deutscher Kohlen in die Schweiz gesperrt.

Die schweizerische Zollverwaltung hat die Grenze für die Einfuhr deutscher Kohlen gesperrt mit der Begründung, daß das Kontingent für den Monat Mai stark überschritten wurde, so daß nur bis zum 1. Juli die normalen Kontingente hätten zugelassen werden können. Ganz besonders sei die Koksenfuhr überschritten worden. Es wird aber betont, daß die Sperre mit den gegenwärtigen deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen in Bern in keinem Zusammenhang stehe.

Dr. Norden gestorben.

Der Dozent an der Berliner Universität, Dr. Norden, der der deutschen Abrüstungsabordnung in Genf zugeteilt war und am Sonntag einen schweren Motorradunfall erlitten hatte, ist, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, in einer Genfer Klinik gestorben. Der überaus traurige Fall wird in Delegations- und Journalistenkreisen außerordentlich bedauert, zumal alle, die den Toten kannten, ihn als vornehmen und bescheidenen Menschen und außerordentlich fähigen Juristen schätzten.

Demokratischer Parteikongreß in Chicago

Die Präsidentschaftskandidaten.

New York, 29. Juni.

In Chicago wurde der Demokratische Parteikongreß mit dem üblichen Gebet eröffnet. Senator Barkley von Kentucky hielt eine zweistündige Eröffnungsrede, in der er u. a. die drei letzten republikanischen Verwaltungen, besonders die Hoover-Regierung, für die Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten verantwortlich machte. Er befürwortete eine Zollreform, eine Bankenreform, die Farmerhilfe und sprach sich für eine fünftägige Arbeitswoche aus.

Der demokratische Plattformentwurf enthält außenpolitisch den Beitritt zum Haager Schiedsgericht, die Aufrechterhaltung der Monroedoktrin und die Schuldenstreichung im Austausch gegen Rüstungseinschränkungen.

Als Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei gelten Gouverneur Roosevelt, Al Smith, der Sprecher des Repräsentantenhauses, Garner, Newton D. Baker, Gouverneur Ritchie von Maryland, Senator Reed von Missouri. Als Favorit gilt Roosevelt. Al Smith ist es nicht gelungen, die gegen Roosevelt gerichteten Kräfte auf sich zu konzentrieren. Als Vizekandidaten für die Präsidentschaft werden genannt Senator Wheeler von Montana und Bankier Trailer von Chicago.

Kleine politische Meldungen

Revision im Sklarek-Prozeß. Die Verteidiger sämtlicher verurteilten Angeklagten im Sklarek-Prozeß haben gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Das braunschweigische Landtagsgebäude flaggt halbmast. Aus Anlaß der 13. Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Diktats hat Landtagspräsident Körner angeordnet, daß die Reichs- und Landesflaggen des Landtagsgebäudes auf halbmast zu setzen sind. Die Flaggen sind mit einem Trauerwimpel versehen.

Auch die Zollämter in Mandschuria und Tschangtschung besetzt. Amtlich wird gemeldet, daß auf Veranlassung der mandschurischen Regierung heute die Zollämter in Tschangtschun und auf dem Bahnhof Mandschuria an der russischen Grenze von der mandschurischen Polizei besetzt wurden.

Aus der Umgegend

Nebra, 29. Juni.

— **Elternbeiratswahl.** Die Wahlbeteiligung an der Elternbeiratswahl war im Gegensatz zu früheren Wahlen in diesem Jahre überaus stark. Von 460 Wahlberechtigten haben 360 an der Wahl teilgenommen, d. h. ca. 80 Prozent.

— **Aus dem Vereinsleben.** Der Schweineversicherungs-Verein Nebra und Umgegend hielt am 18. Juni im Ratskeller seine Generalversammlung ab. Das erste Geschäftsjahr war mit dem 31. Mai beendet. Dem Verein gehören z. Zt. 92 Mitglieder mit 254 versicherten Schweinen an. Für den jungen Verein ein ansehnlicher Erfolg. Im Laufe des vergangenen Geschäftsjahres hatte der Verein 4 Schadensfälle zu verzeichnen. Die Entschädigung für eingegangene Tiere, welche auf Grund des jeweiligen Marktpreises errechnet wird, betrug bei den 4 Fällen durchschnittlich 96 Proz. des Wertes der Schweine. Außer dem Viehversicherungsgeschäft betreibt der Verein auch die Schlachtviehversicherung. Der Kassenabschluß ergab in Anbetracht der wenigen Schadensfälle ein erfreuliches Bild, so daß Nachschüsse nicht zu leisten sind. — Auf Einladung war von der Landwirtschaftskammer Halle a. S. der Revisor Herr Schmidt erschienen, welcher in der Versammlung einen Bericht über das 1. Geschäftsjahr aufgrund der von ihm geprüften Bücher erstattete. Bei dieser Gelegenheit hob Herr Schmidt an Hand ihm zur Verfügung stehenden Materials hervor, daß eine bei einem Versicherungs-Verein abgeschlossene Versicherung ein guter und billiger Schutz für jeden Schweinehalter bedeute und jedem empfohlen werden könne, sich dem Verein anzuschließen.

— **Waldbrand.** Am Montag nachmittag bemerkten zwei durch den Wald gehende Männer in der Nähe von Distrikt 40 Brandgeruch. Mißtrauisch geworden, gingen sie der Ursache nach und entdeckten einen Brandherd, der rasch um sich griff. Während einer sofort die Waldarbeiter, die in der Nähe beschäftigt waren, alarmierte, meldete der andere den Brand der Oberförsterei. Sofort wurde mit der planmäßigen Bekämpfung begonnen und es gelang, des Brandes Herr zu werden, bevor er größere Ausdehnung angenommen hatte. Das Feuer hätte reiche Nahrung in dem dort lagernden Papier- und Brennholz gefunden, und nur dem Umstand, daß völlige Windstille herrschte, ist es zu danken, daß kein größerer Schaden angerichtet wurde. Der noch einmal glimpflich abgelaufene Brand sollte jedem eine Warnung sein, im Walde mit Feuer, ebenso mit Zigarren- und Zigarettenresten vorsichtig umzugehen.

— **Nebra als Tagungsort.** Am Sonntag, dem 3. Juli 10½ Uhr vormittags findet im Gasthaus „Zur Sorge" die 2. Wanderversammlung des Kreisverbandes der Obst- und Gartenbauvereine für den Kreis Querfurt statt. Es werden Vorträge über folgende Themen gehalten: 1) Die Kirschfliege, eine große Gefahr für unseren heimischen Kirschenanbau (Referent: Herr Dr. Jancke-Naumburg); 2) Düngungsfragen im Obst- und Gartenbau (Referent: Herr Dr. Spahr-Naumburg). Anschließend findet eine Aussprache statt. Ebenso werden Wünsche und Anträge entgegengenommen. Nachmittags sind Besichtigungen bedeutender Obstplantagen in der Umgebung von Nebra vorgesehen. — Zu der Versammlung sind alle Obstbauinteressenten und Gartenfreunde mit ihren Damen eingeladen.

— **Hochkonjunktur** bezüglich der Festtage in unserer Stadt steht in Aussicht. Nach dem so gut verlaufenen Kinderfest am letzten Sonntag begeht die Schützengilde am kommenden Sonntag und Montag ihr Mannschießen. Das Programm hierfür finden die Leser im Anzeigenteil. — Schützenfeste sind königliche Veranstaltungen, an ihnen wird nicht mit Prunk, noch weniger mit Pulver gespart. Es wird somit an den beiden Tagen die Freude am geselligen Leben überreich zu beobachten sein. — Eine Woche später ist der Nebraer Jahrmarkt kalendermäßig fällig. Auch dieser bringt erfahrungsgemäß mancherlei Zerstreuung, denn gerade die Veranstaltungen in den Gaststätten bilden zu letzten Endes das Kernstück der Jahrmärkte, während die letzteren in wirtschaftlicher Hinsicht immer mehr an Bedeutung einbüßen. — Als Nachzügler zum Kinderfest warten weiter die Zugehörigen zur Kleinkinderschule auf einen passenden Sonntag, an dem sie all die Freuden nachgenießen dürfen, die ihnen die Tragik am vorigen Sonntag vorenthalten hat. Zu ihrem Trost sei gesagt, daß ihr Kleinkinderfest durchaus nur aufgeschoben — also nicht aufgehoben gelten und sobald es die Umstände gestatten, in schönster Aufmachung abgehalten werden soll. — Noch so manche andere Veranstaltung wird zur Vervollständigung des Sommerprogramms auftauchen, so daß die wenigen noch zur Verfügung stehenden Sommermonate wie im Fluge entschwinden werden.

— **Ausnahmen von dem Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel.** Das Landratsamt teilt mit: In Abänderung der bisherigen Zuständigkeit bei Genehmigung von Ausnahmen von dem bestehenden Umzugsverbot hat der Minister des Innern in einem neueren Erlaß sich damit einverstanden erklärt, daß die Genehmigungsbefugnis der Regierungspräsidenten auf nachgeordnete Polizeibehörden übertragen werden kann. Der Herr Regierungspräsident in Merseburg hat nunmehr die Landräte ermächtigt, völlig unpolitische Veranstaltungen von rein örtlicher Bedeutung zuzulassen. Im Interesse einer schnelleren Bearbeitung empfiehlt es sich, künftig alle derartigen Anträge durch die zuständige Polizeibehörde, welche die Anträge entsprechend zu begutachten hat, an das Landratsamt zu richten. Soweit die beabsichtigten Veranstaltungen nicht rein örtlichen Charakter haben, wird die Zuleitung der Anträge an den Herrn Regierungspräsidenten durch das Landratsamt erfolgen.

Kölleda. Der elektrische Tod. In der Kölledaer Dampfmolkerei wurde der 22 Jahre alte Molkereigehilfe Köthel aus Kleinehrig bei Greußen im Käsekeller tot aufgefunden. Als Todesursache wird angenommen, daß Köthel beim Festmachen einer Heftzwecke der Kabelleitung der elektrischen Lichtleitung zu nahe gekommen war und beim Berühren der Leitung den tödlichen Schlag erlitt.

Wetelrode (Kr. Sangerhausen). Beim Umbau seines Stalles fand der Schlosser K. im Lehmwerk versteckt einen Topf mit 36 Silbermünzen mit der Jahreszahl 1643—1723. Vermutlich wurde der Topf demnach im Siebenjährigen Kriege dorthin gebracht.

Eisleben. In der Nacht zum Sonntag unternahmen etwa 300—400 Kommunisten von Eisleben aus einen Marsch in die umliegende Hochburg des Stahlhelm und der Nationalsozialisten. Dabei kam es in Hedersleben zu Zusammenstößen mit Angehörigen des Stahlhelms, bei denen es mehrere Verletzte gab. Der einzige im Ort anwesende Landjäger konnte durch sein Eingreifen Blutvergießen verhindern, war aber der Uebermacht der Kommunisten nicht gewachsen. Er wandte sich um Hilfe an die Eisleber Polizei, die einen Ueberfallwagen nach Hedersleben entsandte.

42. Verbandstag der Freiwilligen Feuerwehren des Kreises Querfurt am 26. Juni 1932

Alljährlich hält der Feuerwehr-Verband des Kreises Querfurt eine Tagung ab, die dazu bestimmt ist, über das Wohl und Wehe der dem Verband angeschlossenen Wehren zu verhandeln, aus Geschehenem Schlüsse zu ziehen und Richtlinien für die Zukunft festzulegen; also wirklich im Zeichen ernster Arbeit steht. Für dieses Jahr hatte die Freiw. Feuerwehr der alten Glockengießerstadt Laucha die Aufgabe übernommen, alle Vorbereitungen zu dieser Tagung zu treffen und, da die Wehr in Verbindung mit dem Verbandstage ihr 60jähriges Bestehen feiern wollte, ein Fest auszustatten, welches im wahrsten Sinne des Wortes als ein „Feuerwehr-Verbandsfest" anzusprechen war. Die Aufgabe wurde von den Lauchaer Kameraden mit bereitwilligster Unterstützung der Stadtverwaltung glänzend gelöst.

Nach einem am Sonnabend abend voraufgegangenem Kommers im Stadtschützenhaus, fanden sich bereits am Sonntag im Laufe des Vormittags Delegierte und Kameraden der einzelnen Wehren ein. 10.40 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kreisbrandmeister Richter aus Freyburg, die Delegiertensitzung. Am Vorstandstisch konnte man außer dem Genannten noch bemerken den stellvertr. Kreisbrandmeister, Hptm. Karl Träger-Roßleben, den Bürgermeister der Stadt Laucha Herrn Lubkoll, von der Kreisverwaltung Herrn Kreisinspektor Baltz als Vertreter des Herrn Landrats, je einen Vertreter der Land- und Städte-Feuersozietät und die Delegierten der einzelnen Wehren. Die namhaft gemachten Herren übermittelten Grüße und Glückwünsche ihrer Körperschaften und wünschten ein gutes Gelingen. Der Vertreter der Städte-Feuersozietät übergibt Herrn Hauptmann Liebig-Laucha ein Glückwunschschreiben mit einer Ehrengabe in Form eines Geldgeschenkes. Nicht unbeachtet bleiben soll das Interesse der Sozietäten am ganzen Feuerlöschwesen, denn mehr als ½ Mill. RM. geben diese jährlich zur Förderung des Feuerlöschwesens aus. Nachdem Kreisbrandmeister Richter noch die Grüße und Glückwünsche des Branddirektors Scholz, des Vorsitzenden des Provinzialverbandes Krauthoff und Branddirektors Krötel verlesen hat, wird zur Erledigung der Tagesordnung übergegangen. Von sicherer Hand geleitet, fanden die Punkte

1. Feststellung der Anwesenheitsliste,
2. Verbands- und Kassenbericht,
3. Verlesen der Niederschrift des letzten Verbandstages in Roßbach,
4. Bericht über stattgefundene Brände,
5. Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag,
6. Bericht über die Unterstützungs- und Unfallkasse,
7. Verschiedenes,

glatte Erledigung. Einiges Bemerkenswerte aus vorstehender Tagesordnung soll noch erwähnt werden: Dem Feuerwehr-Verband des Kreises Querfurt sind angeschlossen die Wehren der Gemeinden Freyburg, Querfurt, Laucha, Roßleben, Wennungen, Nebra, Gr.-Osterhausen, Eßmannsdorf-Schönewerda, Steigra, Bottendorf, Mücheln, Nißmitz, St. Micheln—St. Ulrich, Roßbach, Barnstädt, Gewerkschaft „Gute Hoffnung", Rothenschirmbach, Balgstädt, Reinsdorf, Markröhlitz, Kirchscheidungen, Carsdorf, Gewerkschaft Braunsdorf.

Es sind insgesamt 23 Wehren. Zum Regierungsbezirk Merseburg gehören 531 Wehren mit 15850 Mann. Der Provinzialverband umfaßt 1545 Wehren mit 40536 Mann. — Vier Jubilare konnten für 50jährige treue Dienste ausgezeichnet werden; ein Kamerad von der Freyburger, drei Kameraden von der Lauchaer Wehr. Die Abhaltung des nächstjährigen Verbandstages hat die Freiw. Feuerwehr Schönewerda anläßlich ihres 50jährigen Bestehens übernommen.

Nach Beendigung der Sitzung und kurzer Mittagszeit ertönte 13.30 Uhr das Signal zum Antreten für den Festzug. Der imposante Aufmarsch nach dem Marktplatz wurde von der Bevölkerung und anderen Gästen interessiert beobachtet. Die Anteilnahme der Lauchaer Bürger soll besonders anerkannt werden. Die Aufstellung auf dem Marktplatz ging tadellos vonstatten und dann hielt Herr Bürgermeister Lubkoll die Festrede. Auf diese näher einzugehen würde zu weit führen; doch eines sei gesagt: Hier sprach ein Feuerwehrmann, der sich im Sturm die Herzen seiner Kameraden erobert hat. Ganz besonders wurde des Kameraden Hellwig gedacht, welcher bekränzt mit Eichenlaub inmitten der Stadtverordneten als Mitbegründer und 60jähriges Mitglied der Lauchaer Wehr der Festversammlung vorgestellt und durch Ueberreichung einer Urkunde geehrt wurde. Nach weiteren Begrüßungsansprachen erfolgte dann auf dem angrenzenden Schulhof die Uebergabe des neu errichteten Gerätehauses mit Steigturm und eines Mannschaftsautos als Geburtstagsgeschenk der Stadt an die Wehr. Bei der sich anschließenden Schulübung und Angriff nach besonderem Plan konnten die besonderen Geräte der Wehr, wie Mannschaftsauto, Motorspritze, mechanische Leiter usw. in Tätigkeit gesehen werden. Die Uebung, bei der auch die freiw. Sanitätskolonne in Tätigkeit gesetzt wurde, klappte gut und nachdem die Wehr zum Depot zurückgekehrt war, nahm der Festzug seinen Fortgang nach dem Stadtschützenhaus. Hier wurde er aufgelöst und der offizielle Teil der Veranstaltung war beendet. Nach einigen Stunden geselligen Beisammenseins rückten die als Gäste erschienenen Wehren wieder ab.

Der 42. Verbandstag liegt hinter uns. Ein neues Jahr der Tätigkeit hat begonnen und nach Ablauf desselben wollen wir dann wieder Bericht erstatten, daß wir alle gehandelt haben, wie es die Pflicht als Feuerwehrmann von uns verlangt; getreu unserem Wahlspruch:

Gott zur Ehr', dem Nächsten zur Wehr! Sch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320630-16/fragment/page=0002

Auf dem Wege von Hedersleben nach Eisleben wurde ein Zug von etwa 100 Kommunisten gestellt. Den Demonstranten wurde eine Anzahl Waffen, vor allem Schlagwerkzeuge, abgenommen. Ein Teil von ihnen hatte beim Herannahen der Polizeibeamten sich seiner Waffen entledigt. Sie wurden sämtlich nach Eisleben abtransportiert und dort sofort richterlich vernommen. Gegen alle ist Haftbefehl wegen Landfriedensbruchs erlassen und der Abtransport ins Untersuchungsgefängnis nach Halle durchgeführt werden.

Eisleben. Einem Häftling, der in das Eisleber Gerichtsgefängnis gebracht werden sollte, gelang es, in der Nähe der Anlagen zu entkommen. Bei der Verfolgung gaben die Polizeibeamten mehrere Schreckschüsse ab, doch ließ sich der Ausreißer hierdurch in keiner Weise stören.

Halle. Am Montag schoß sich am Steintor ein 27jähriger Student mit einer Pistole in die Schläfe. Der Lebensmüde wurde besinnungslos mit einem Privatkraftwagen der Chirurgischen Klinik zugeführt, wo er starb. Der Grund zur Tat ist vermutlich Eifersucht.

Halle. Der Führer eines halischen Schnellastwagens verlor auf der Fahrt nach der Saaletalsperre am Ausgang des Ortes Mollschütz bei Camburg, als sich der Wagen gerade in ziemlich hoher Geschwindigkeit befand, die Gewalt über das Steuer. Der Wagen, der mit 20 Ausflüglern besetzt war, fuhr gegen eine Linde und bohrte sich in dieser fest. Ein Teil der Insassen wurde aus dem Wagen geschleudert, wobei sich zwei Frauen Kopfverletzungen und Quetschungen zuzogen und ein Kind einen Schädelbruch erlitt. Der Wagenführer kam heil davon, obwohl der Führerstand zertrümmert wurde. Wahrscheinlich hat die Steuerung nicht funktioniert, weil ein Bolzen der Steuerschnecke sich beim Uebergang auf holpriges Pflaster löste.

Halle. Der Reichsbund der mittleren Post- und Telegraphenbeamten hielt in Halle seinen Bundestag ab. Die Tagung war aus allen Teilen des Reiches und aus Danzig stark besucht. Einen großen Raum der Tagesordnung nahm die Wirkung der letzten Notverordnungen ein. Bei vollem Verständnis für die ungeheure Not von Volk und Staat müßten die mittleren Beamten jedoch Beseitigung des durch die Besoldungsreform von 1927 geschaffenen Unrechts für die mittleren Beamten, namentlich die Assistenten fordern.

In Entschließungen faßte man die Stellung des Reichsbundes zu den verschiedenen Fragen zusammen. U. a. wird Erweiterung des Tätigkeitsgebietes und der Beförderungsmöglichkeit für die Assistenten und Sekretäre gefordert.

Nordhausen. Ein 19jähriger Fleischergeselle versuchte sich das Leben durch Erhängen zu nehmen. Von Spaziergängern wurde jedoch sein Vorhaben wahrgenommen, und die Tat konnte verhindert werden. Einige Zeit darauf wurde der Lebensmüde als Leiche aus dem Wasserturm des Schlachthofes gezogen.

Schönebeck-Bad Salzelmen. Der Benzintod. Die Ehefrau Dübner aus Schönebeck-Felgeleben legte sich ins Bett, das sie mit Benzin übergoß und dann anzündete. Ihr Mann war abwesend. Hausbewohner wurden durch den Brandgeruch aufmerksam und drangen in die Wohnung ein, wo die Frau tot aufgefunden wurde. Sie hatte entsetzliche Brandwunden erlitten. Die Lebensmüde soll schon wiederholt Selbstmordabsichten geäußert haben.

Staßfurt. Zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen demonstrierenden Kommunisten und der Polizei kam es am Dienstagnachmittag anläßlich der Beerdigung eines bei dem am letzten Freitag versuchten Aufstandes getöteten Parteigenossen. Etwa 2000 Kommunisten führten einen Demonstrationszug durch, was von der Polizei verhindert werden sollte. Bei den Bemühungen den Zug aufzulösen, griffen Teilnehmer des Zuges die Polizei an, es fielen auch Schüsse vorseiten der Menge, so daß die Polizei von ihrer Waffe Gebrauch machen mußte. Dabei wurden drei Arbeiter schwer verletzt, sie starben im Krankenhaus an ihren Verletzungen. Weitere sieben, teils schwer Verletzte wurden ebenfalls ins Krankenhaus eingeliefert.

Nachterstedt. Tödlicher Grubenunfall. Auf der Grube „Concordia" fiel der Arbeiter Wiest im Nachtbetrieb von der Abraummaschine. Dem Verunglückten wurden beide Beine abgefahren. Er starb kurze Zeit darauf.

Magdeburg. In das Krankenhaus Altstadt wurde ein etwa 30jähriger Mann eingeliefert, der auf der Berliner Chaussee von einem Auto angefahren worden war. Er hatte einen komplizierten Schenkelbruch, einen Schädelbruch und eine Kopfwunde erlitten. Der Mann starb am nächsten Tage im Krankenhaus. Die bisherigen Nachforschungen haben ergeben, daß es sich um einen gewissen Engelmann aus der Zerbster Gegend handelt.

Magdeburg. Die spinale Kinderlähmung, die im benachbarten Groß-Ottersleben ausgebrochen ist, hat ihr erstes Todesopfer gefordert. Eines der kranken Kinder ist im Magdeburger altstädtischen Krankenhaus gestorben.

Die Seuche hat auch auf Magdeburg übergegriffen. Eine Anzahl erkrankter Kinder wurde in das Krankenhaus geschafft.

Dessau. Der Polizei ist es sehr schnell gelungen, zwei der an den Friedhofsschändungen Beteiligten zu fassen. Es handelt sich um zwei Schüler im Alter von elf bis zwölf Jahren. Sie geben die Tat zu, wollen aber von einem Aelteren angeführt worden sein. An maßgebender Stellen ist man davon überzeugt, daß das Attentat auf dem Friedhof eine Folge der Gottlosenhetze im Zusammenhang mit dem anhaltischen Gesetz über die Erschwerung des Kirchenaustritts ist.

Wernigerode. Der einem Wernigeroder Einwohner gehörige Ziegenbock, der auf dem Brocken bei dem magischen Experiment des Mister Price aus London als Objekt gedient hatte, ist zu einem Preis von 155 Mark an einen besonderen Liebhaber in Karlsbad in der Tschechoslowakei verkauft und bereits dorthin abtransportiert worden.

Kraupa (Kr. Liebenwerda). Nachts brach in der Scheune des Dachdeckers Gork Feuer aus, das infolge der großen Heuvorräte sehr schnell um sich griff. Scheune und Stallung wurden bis auf die Grundmauern eingeäschert.

Großwudicke (Kr. Jerichow II). Unter dem Zuge. Der 33jährige verheiratete Maschinist Fricke aus Berlin wollte im Bahnhofsgelände eine Stopfmaschine in Gang bringen. Durch das entstehende Geräusch überhörte er das Herannahen eines Schnellzuges, von dem er überfahren und sofort getötet wurde.

Besichtigung bei Junkers

Dessau. Am Dienstag trafen die Vertreter der Firme Henschel und Sohn aus Kassel in Dessau zu Verhandlungen mit dem Leiter des Junkers-Konzerns ein. Dabei wurde auch die Frage einer Beteiligung erörtert. Im Anschluß an die Verhandlungen fand eine Besichtigung der gesamten Werke statt.

Neues aus aller Welt

Kundgebungen gegen Versailles. In der Berliner Universität kam es Dienstagmittag zu Kundgebungen gegen den Friedensvertrag von Versailles. In der Vorhalle der Universität bildeten sich zwei deutlich abgegrenzte Fronten. Die Kommunisten nahmen in der Pause am hinteren Eingang in das Universitätsgebäude in einer dichten Gruppe Aufstellung und versuchten ergebnislos, ihre politischen Gegner zu provozieren. Die Nationalsozialisten, teils in SA.- und SS.-Uniform, hielten zunächst im Vorhof ihren Stehkonvent ab und sangen nach einer kurzen Ansprache das Horst-Wessel-Lied. In der Vorhalle setzte sich dann der Gesang der Trutz- und Kampflieder fort. Die Stimmung war etwa eine Stunde lang recht gespannt. Um 12 Uhr lösten sich schließlich die Versammlungen auf, nachdem ein SS.-Mann die Kommilitonen aufgefordert hatte, abends um 6 Uhr im Lustgarten gegen Versailles zu demonstrieren.

„G 38" in London eingetroffen. Das größte Junkers-Eindeckerflugzeug „G 38", das in den Flugdienst London—Berlin eingestellt wird, traf auf dem Flugplatz von Croydon ein. Eine große Zahl von englischen Sachverständigen bewunderte die Neueinrichtungen an dem Flugzeug, das im Gegensatz zu früheren Konstruktionen Sitzplätze für Passagiere in den Flügeln und selbst vor dem Führerstand hat.

Ein Jubiläum des „Graf Zeppelin". Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner 250. Fahrt aufgestiegen. An der Fahrt, die etwa acht Stunden dauern wird, nehmen 36 Fahrgäste teil. In Vaduz im Fürstentum Liechtenstein wird das Luftschiff zu einer Postaufnahme niedergehen.

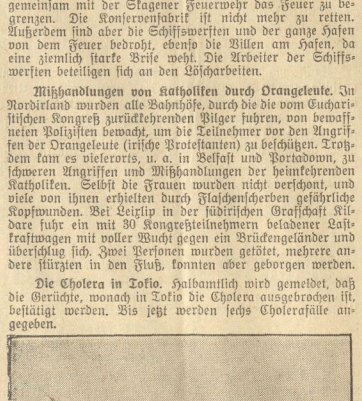
Zwei Tote bei Flugzeugunglück. Ein schweres Flugzeugunglück ereignete sich bei Baals an der holländisch-deutschen Grenze, unweit Aachen. Von drei holländischen Militärflugzeugen, die am Morgen von dem Militärflugplatz bei Den Helder aufgestiegen waren, wollte eines wahrscheinlich infolge Motorschadens auf dem Flugplatz bei Baals niedergehen. Die Maschine stürzte jedoch in einer Kurve ab und fiel in einen Wald. Durch den Aufprall fing die Maschine Feuer, so daß die Rettung der beiden Insassen unmöglich war. Erst nachdem von der örtlichen Feuerwehr der Brand gelöscht worden war, konnten die verkohlten Leichen der beiden Flieger geborgen werden.

Versuchsballone in die Stratosphäre. Vom Hofe des Physikalischen Instituts der Technischen Hochschule in Stuttgart aus wurden von Professor Regener zu Versuchszwecken erneut Höhenballone losgelassen, die aus drei Ballonen bestanden und mit einer Leine verbunden waren. Die Ballone stiegen rasch in die Höhe und waren bereits nach zehn Minuten nicht mehr sichtbar. Nach einer Flugzeit von zwei Stunden 50 Minuten landeten die Ballone bei Gerstetten, Oberamt Heidenheim. Bei der Auffindung der Ballone war das Meßgerät leicht beschädigt, was die Registrierung der Höhenkurven und deren Ablesung sehr erschwerte. Trotzdem konnte festgestellt werden, daß die Ballone in die Stratosphäre eingedrungen sind und eine Höhe von mehr als 20 000 Metern erreicht haben.

Hafenviertel von Skagen vom Feuer bedroht. Skagen wird von einem großen Brand heimgesucht, der in einer Fischkonservenfabrik am Hafen ausbrach. Die Lagergebäude der Konservenfabrik sind bereits vollständig niedergebrannt. Die Feuerwehr von Frederikshavn wurde herbeigerufen, um gemeinsam mit der Skagener Feuerwehr das Feuer zu begrenzen. Die Konservenfabrik ist nicht mehr zu retten. Außerdem sind aber die Schiffswerften und der ganze Hafen von dem Feuer bedroht, ebenso die Villen am Hafen, da eine ziemlich starke Brise weht. Die Arbeiter der Schiffswerften beteiligen sich an den Löscharbeiten.

Mißhandlungen von Katholiken durch Orangeleute. In Nordirland wurden alle Bahnhöfe, durch die die von Eucharistischen Kongreß zurückkehrenden Pilger fuhren, von bewaffneten Polizisten bewacht, um die Teilnehmer vor den Angriffen der Orangeleute (irische Protestanten) zu beschützen. Trotzdem kam es vielerorts, u. a. in Belfast und Portadown, zu schweren Angriffen und Mißhandlungen der heimkehrenden Katholiken. Selbst die Frauen wurden nicht verschont, und viele von ihnen erhielten durch Flaschenscherben gefährliche Kopfwunden. Bei Leixlip in der südirischen Grafschaft Kildare fuhr ein mit 30 Kongreßteilnehmern beladener Lastkraftwagen mit voller Wucht gegen ein Brückengeländer und überschlug sich. Zwei Personen wurden getötet, mehrere andere stürzten in den Fluß, konnten aber geborgen werden.

Die Cholera in Tokio. Halbamtlich wird gemeldet, daß die Gerüchte, wonach in Tokio die Cholera ausgebrochen ist, bestätigt werden. Bis jetzt werden sechs Cholerafälle angegeben.



Aufmarsch zu den Deutschen Marinemeisterschaften.

Im Rahmen der Kieler Woche finden in Kiel die diesjährigen Meisterschaften der Marinesportler statt. Unser Bild zeigt den Aufmarsch der Teilnehmer.

Für Reise und Wanderungen

Hitze und Staub erschlaffen den Körper besonders beim Reisen und Wandern. Eine gründliche Zahnreinigung mit Chlorodont-Zahnpaste und -Zahnbürste, sowie eine kräftige Mundspülung mit dem herrlich erfrischenden Chlorodont-Mundwasser wirken wohltuend, verschaffen das Gefühl der Sauberkeit und

immer schöne weiße Zähne

Gute Ernte in Sicht

Berlin, 29. Juni.

Die diesjährige Anbauflächenerhebung hat nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts folgenden Umfang des Getreideanbaues ergeben: Winterroggen 4,38 Millionen Hektar, Sommerroggen 68 000 Hektar, Winterweizen 1,97 Millionen Hektar, Sommerweizen 304 000 Hektar, Spelz und Emer 113 000 Hektar, Wintergerste 247 000 Hektar, Sommergerste 1,32 Millionen Hektar und Hafer 3,28 Millionen Hektar.

Gegenüber dem Jahre 1931 ist der Roggenanbau, der im Vorjahre zurückgegangen war, wieder um rund 82 000 Hektar = 1,9 v. H., gestiegen, während sich der Anbau von Weizen nach der starken Zunahme des Vorjahres weiterhin noch um 110 000 Hektar = 5,1 v. H., ausgedehnt hat. Auch bei Wintergerste ist eine weitere Vergrößerung des Anbaus eingetreten, und zwar um rund 20 000 Hektar = 8,9 v. H.

Hingegen hat sich die Bestellung mit Sommergerste um rund 68 000 Hektar = 4,9 v. H., und von Hafer um rund 84 000 Hektar = 2,5 v. H. verringert. Der Anbau von Emer und Spelz ist weiterhin gering (um 0,8 v. H.) zurückgegangen. Seit der Umstellung des Getreideanbaus im Jahre 1930 hat die Bestellung mit Weizen insgesamt um rund 500 000 Hektar = 27,8 v. H. zugenommen, der Anbau von Roggen aber um 260 000 Hektar = 5,6 v. H. abgenommen. Bei Gerste ist seitdem eine Erweiterung des Anbaues um rund 50 000 Hektar = 3,4 v. H., bei Hafer eine Abnahme um 160 000 Hektar = 4,7 v. H. eingetreten. Der Anbau von Frühkartoffeln stellt sich für 1932 auf rund 251 000 Hektar, d. i. um annähernd 9000 Hektar = 3,6 v. H. mehr als im Vorjahre.

Arbeitslosenhilfe.

Um den drohenden Zusammenbruch der Arbeitslosenversicherung zu verhüten, hat der Reichspräsident durch die Notverordnung vom 14.6.1932 (R.G.Bl. I S. 273) einschneidende Maßnahmen verfügt. Die Versicherung soll durch eine wesentliche Senkung und Verkürzung der Unterstützungssätze und durch eine neu laufende Abgabe aller Lohn- oder Gehaltsempfänger die Arbeitslosenhilfe saniert werden. Bei Durchführung der im Wortlaut recht knapp gehaltenen neuen Vorschriften werden sich mancherlei Schwierigkeiten nicht vermeiden lassen. Wir erörtern daher nachstehend einige besonders wichtige Punkte.

Der Einzug der Arbeitslosenhilfe erfolgt nicht von einer Stelle aus, sondern es sind damit die Finanzämter und auch die Krankenkassen beauftragt.

Der Abgabepflicht unterliegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger, außerdem alle deutschen Staatsangehörigen, die Wartegeld, Witwen- oder Waisengeld oder sonstige Bezüge mit Rücksicht auf ein früheres Dienst- oder Arbeitsverhältnis erhalten.

Die Abgabe ist insbesondere auch zu zahlen von krankenversicherungspflichtigen Hausangestellten ohne Rücksicht auf die Höhe des Entgelts, ferner von land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmern selbst dann, wenn sie auf Grund langfristigen Arbeitsvertrages oder häuslicher Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber von der Arbeitslosenversicherung befreit sind. Der Abgabepflicht unterliegen auch die Empfänger von Kriegsversorgungsrenten.

Abgabefrei sind alle Personen, die als selbständige Unternehmer gelten und keine Gehalts- oder Lohnbezüge haben, also nicht der Lohnsteuerpflicht unterliegen. Ferner sind befreit Ehefrauen, die kein Arbeitsentgelt beziehen und vorübergehend Beschäftigte im Sinne des § 168 der Reichsversicherungsordnung. Die Rentenempfänger der reichsgesetzlichen Sozialversicherung (Renten, bezw. Ruhegehälter aus der Invaliden-, Unfall-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung) sind abgabefrei, wenn sie nebenher kein Arbeitsentgelt beziehen. Hausgewerbetreibende sind der Abgabe nur unterworfen, wenn sie nicht als selbständige Unternehmer zu gelten haben, insbesondere, wenn sie Lohnsteuer entrichten müssen.

Die Höhe der Abgabe beträgt bei einem Arbeitsentgelt

bis zu 125 RM. monatlich oder 29 RM. wöchentlich	=	1,5%
bis zu 300 RM. monatlich oder 77 RM. wöchentlich	=	2,5%
bis zu 700 RM. monatlich für die ersten 300 RM.	=	2,5%
für die weiteren Beträge	=	5,75%
bis zu 3000 RM. monatlich	=	5,75%
von über 3000 RM. monatlich	=	6,5%

des jeweils gewährten Arbeitsentgeltes. **Ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitsentgeltes** beträgt die Abgabe 1,5 v. 100 für Personen, deren Bezüge auf Grund der Gehaltskürzungsverordnungen (Notverordnungen vom 5.6. 31 RGBl. I S. 282 und vom 8.12 31 RGBl. I S. 738) zu kürzen waren.

Die Berechnung der Abgabe richtet sich für versicherungspflichtige Krankenkassenmitglieder nach dem Grundlohn, der für die Berechnung der Krankenkassenbeiträge maßgebend ist. Die Krankenkassen werden hierfür Tabellen herausgeben. Für Angestellte mit über 300.— RM. Monatsgehalt wird die Abgabe ebenfalls nach Gehaltsstufen erhoben, die für das ganze Reich einheitlich festgesetzt sind (R.G.Bl. I S. 312). Diese Stufeneinteilungen gelten auch für Beschäftigte, deren Entgelt auf Grund der Gehaltskürzungsverordnungen gekürzt wurde.

Die Krankenkassen ziehen die Abgabe für alle die Personen ein, die bei ihnen gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit versichert sind; insbesondere auch für freiwillige Kassenmitglieder, soweit sie der Abgabepflicht unterliegen. Für Abgabepflichtige, die nicht gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit versichert sind, hat der Arbeitgeber die einzubehaltende Arbeitslosenhilfe an das Finanzamt abzuführen.

Für die An-, Ab- und Lohnveränderungsmeldungen sowie für Zahlung und Einziehung der Arbeitslosenhilfe durch die Krankenkassen gelten die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Die Krankenkassen werden für Beschäftigte mit über 300.— RM. neue Lohnmeldungen verlangen müssen, da die Höhe des Entgeltes den Kassen nicht bekannt ist. Auch werden freiwillige Mitglieder Meldungen über ihr Arbeitsentgelt erstatten müssen, denn dies ist den Kassen ebenfalls vielfach nicht bekannt; die gesetzliche Vorschrift aber zwingt zur genauen Einhebung nach Gehaltsstufen. Besonders zweckmäßig wird es sein, wenn die freiwillig bei Krankenkassen versicherten selbständigen Unternehmer, Handwerker, Landwirte, Sozialrentner usw. sich durch Abgabe einer Anzeige vergewissern, daß von ihnen keine Arbeitslosenhilfe erhoben wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320630-16/fragment/page=0003

Länderstreit um den Harzer Bergbau

Die Frage, ob die Harzer Berg- und Hüttenwerke stillgelegt werden sollen, hat sich zu einem Kampf zwischen dem Reich und den Ländern Preußen und Braunschweig ausgewachsen. Das Reich ist bereit, von den erforderlichen Subventionen für den Harzer Bergbau in Höhe von 12 Millionen die Hälfte bereitzustellen, jedoch mit der Maßgabe, daß die staatlichen Werke, d. h. die Harzer Berg- und Hüttenwerke, von der Subventionierung ausgeschlossen werden, da es auf dem Standpunkt steht, daß jedes Land für die Aufrechterhaltung seiner Betriebe

selbst verantwortlich ist.

Die Länder dagegen vertreten die Ansicht, daß auch die Subventionierung der staatlichen Betriebe durchaus gerechtfertigt sei.

Es ist damit zu rechnen, daß sich der Reichsrat in den nächsten Tagen mit der Frage der Aufrechterhaltung der Betriebe beschäftigen und Beschlüsse fassen wird. Sollte die Stillegung der Harzer Berg- und Hüttenwerke zum 1. Juli erfolgen, so werde es sich nur um eine Maßnahme für kurze Zeit handeln.

Das Junghandwerk in Langensalza

3. Bundestreffen des Mitteldeutschen Junghandwerkerbundes.

Die zwischenberufliche Junghandwerkerbewegung, die in Mitteldeutschland ihren organisatorischen Ausdruck im Mitteldeutschen Junghandwerkerbund findet, führte am 25. und 26. Juni zu Langensalza ein aus allen Teilen des Organisationsgebietes gut besuchtes Junghandwerkertreffen durch.

In der Bundeshauptversammlung

kam die einmütige Geschlossenheit der Organisation in starkem Maße zum Ausdruck. Dr. Graßhoff-Erfurt erstattete den Geschäftsbericht, der über die allgemeine Bundesarbeit hinaus grundlegend die Richtung der Bewegung zeigte. Das Junghandwerk wird in immer verstärktem Maße die Wiederaufrichtung der Standesgemeinschaft des deutschen Handwerks anstreben, wobei es die volle Unterstützung der Handwerksorganisationen verdient.

Sonntag, 11 Uhr, begann die gut besuchte Kundgebung. Bundesleiter Curth-Erfurt hieß in seiner Begrüßungsansprache die Vertreter des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung, des Mitteldeutschen Handwerkerbundes, der Handwerkskammer Erfurt und des Deutschen Junghandwerkerbundes willkommen. Mit Schmiedemeister Paul Funke, Dessau-Alten, der einen Vortrag über „Die Bedeutung des Handwerks vom Standpunkt des Junghandwerkers" hielt, sprach alsdann ein Junghandwerker in eindrucksvoller Weise zum Junghandwerk.

Brand im Opernhaus in Hannover

Hannover, 29. Juni.

Im Opernhaus in Hannover brach im rechten Flügel ein großer Brand aus.

In den im Zwischenstock des Südflügels gelegenen Garderobenräumen für die Künstler ist, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, eine Flamme entstanden, die in den dort lagernden Magazingegenständen, Girlanden usw., reiche Nahrung fand.

Die Feuerwehr griff den Brand mit mehreren Schlauchleitungen an, so daß es in kurzer Zeit gelang, den Brand einzudämmen.

Die ungeheure Qualmentwicklung hatte zur Folge, daß die Feuerwehr von den Rauchhelmen Gebrauch machen mußte und daß einige Leute wegen Rauchvergiftung fortgetragen werden mußten. Der Zuschauerraum blieb von dem Feuer vollkommen unberührt.

Das Fischsterben in der Saale

Ein kommunistischer Antrag.

Mehrere Mitglieder der kommunistischen Fraktion haben das durch einen Betriebsunfall im Leunawerk verursachte große Fischsterben in der Saale zum Gegenstand eines Urantrages im Preußischen Landtag gemacht, in dem es u. a. heißt:

„Es besteht die Gefahr, daß nicht nur die Saale, sondern auch die Elbe vom Einfluß der Saale an durch die Ammoniakwelle von diesem Fischsterben heimgesucht wird. Unterhalb des Leunaeinflusses bis nach Weißenfels, in einer Wasserstrecke von über 40 Kilometern, ist der Fischbestand fast vernichtet, und weitere Strecken sind gefährdet."

Das Staatsministerium soll ersucht werden, sofort Maßnahmen durchzuführen, die eine weitere Vergiftung des Wassers unmöglich machen. Ferner wird gefordert, daß das Leunawerk den geschädigten Saalefischern den durch die Wasservergiftung schon seit Jahren zugefügten Schaden ersetzt.

Börse und Handel

Berlin, den 28. Juni 1932.

Meist abgeschwächt

Dollar: 4,209 (Geld), 4,217 (Brief), engl. Pfund: 15,183 15,225, holl. Gulden: 170,28 170,62, Belga (Belgien): 58,56 58,68, ital. Lira: 21,43 21,47, dän. Krone: 82,72 82,88, norw. Krone: 73,83 74—97, franz. Franken: 16,345 16,383, tschech. Krone: 12,465 12,485, schweiz. Franken: 82,02 82,18, span. Peseta: 34,67 34,73, schwed. Krone: 77,97 78,13, österr. Schilling: 51,95 52,05.

— **Produktenmarkt.** Der Verkaufsdruck aus der Provinz war heute verstärkt. Die Tendenz wurde wieder schwächer. Lieferungsweizen setzte mit einem Julikurs ein, der über 3 Mark hinter der Vortagsnotierung zurückblieb. Herbstmonate gaben im Durchschnitt um rund 2 Mark nach. Roggen im Zeithandel verlor 1 Mark, im Promptgeschäft 1 Mark. Gerste ruhiger. Auch beim Hafer sind Preise nachgiebig, obwohl die Erzeuger nur schwer mit ihren Forderungen heruntergehen.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 100 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 251—253 (am 27. 6.: 252—254). Roggen Märk. 190—192 (191—193). Futter- und Industriegerste 162—172 (162—172). Hafer Märk. 157—161 (159—163). Weizenmehl 30,75—34,75 (30,75—34,75). Roggenmehl 25,80—27,75 (25,80—27,75). Weizenkleie 9,90—10,50 (9,90—10,50). Roggenkleie 10,10—10,50 (10,10 bis 10,50). Viktoriaerbsen 17—23 (17—23). Kleine Speiseerbsen 21—24 (21—24). Futtererbsen 15—19 (15—19). Peluschken 16—18 (16—18). Ackerbohnen 15—17 (15—17). Wicken 16—18 (16—18). Lupinen blaue 10—11 (10—11), gelbe 14,50 bis 16 (14,50—16). Leinkuchen 10,30—10,60 (10,30—10,60). Erdnußkuchen 50 Prozent ab Hamburg 10,60 (10,60). Erdnußkuchenmehl ab Hamburg 11 (11). Trockenschnitzel 8,70 (8,70). Sojabohnenschrot 10,20—11,20 (10,20—11,20).

Heu und Stroh.

(Amtlich.) Erzeugerpreise für 50 Kilo ab märkischer Station frei Waggon für den Berliner Markt in Reichsmark: Drahtgepreßtes Roggenstroh 1,15—1,35, desgl. Weizenstroh 0,90—1,00, desgl. Haferstroh 0,90—1,00, desgl. Gerstenstroh 0,90—1,00, gebundenes Roggenlangstroh 1,20—1,45, bindfadengepreßtes Roggenstroh 1,10—1,30, desgl. Weizenstroh 0,95 bis 1,10. Häcksel 1,75—2,00. Handelsübliches Heu, gesund und trocken, altes 1,35—1,55, gutes Heu, gesund und trocken, altes 2,00—2,40, neues 1,60—1,75. Drahtgepreßtes Heu 40 Pfennig über Notiz. — Tendenz: Stroh still, Heu schwach.

Geschäftsübernahme

Den geehrten Einwohnern von Nebra und Umgegend teilen wir ergebenst mit, daß die

Bewirtschaftung des Schützenhauses

in unsere Hände übergegangen ist.

Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, den werten Gästen den Aufenthalt im Schützenhaus so angenehm wie möglich zu gestalten.

Zum bevorstehenden Schützenfeste am 3. u. 4. Juli laden wir ganz besonders hierzu ein.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Reinhold Jahn und Frau
Armgard, geb. Bernschein.

Nebra a. U., 25. Juni 1932.

Geschäftsübernahme

Meiner geehrten Kundschaft und Geschäftsfreunden die ergebene Mitteilung, daß ich vom 1. Juli an mein seit 42 Jahren betriebenes

Kolonialwarengeschäft

meinem Schwiegersohn, Herrn **Hugo Mögling**, übergebe. — Für das mir in so reichem Maße geschenkte Wohlwollen und Vertrauen herzlichst dankend, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Frau Wilhelmine Meitz.

Mit dem 1. Juli 1932 übernehme ich das Kolonialwarengeschäft meiner Schwiegermutter und bitte die geehrte Kundschaft, das der Letzteren erwiesene Wohlwollen auch mir zuteil werden zu lassen.

Es soll mein Bestreben sein, meine geehrte Kundschaft reell und solid zu bedienen.

Nebra a. U., den 29. Juni 1932

Hugo Mögling.

Schützengilde Nebra.

Zu unserem am **3. und 4. Juli 1932** stattfindenden

Mannschießen

laden wir Freunde und Gönner hiermit herzlich ein.

Das Direktorium.

Sonntag, den 3. Juli
2 Uhr nachm. **Umzug**, anschließend
Konzert und Schiessen
8 Uhr abends: **Ball.**

Montag, den 4. Juli
8 Uhr morgens: Beginn des Schießens
11 Uhr morgens: Frühstück
8 Uhr abends: **Königsball.**

An beiden Tagen Kleinkaliber-Schießen.

Betr. Entfernung des Grases von den Straßen und Bürgersteigen.

Die Hausbesitzer sind auf Grund der §§ 14 und 15 der Straßenpolizeiverordnung vom 3. April 1925 verpflichtet, die Straßen und Bürgersteige vor ihren Grundstücken in einem sauberen Zustande zu halten. Hierzu gehört auch die Entfernung des Grases vor bezw. an den Grundstücken.

Die Hausbesitzer werden daher aufgefordert, das Gras von den Straßen und Bürgersteigen umgehend, spätestens bis 15. Juli d. Js., zu entfernen. Kontrolle wird durch den Polizeibeamten erfolgen.

Nebra, den 29. Juni 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde. Grünberg

Betr. Angeln an verboten Stellen.

Durch die Bekanntmachung des Magistrats vom 15. 4. 1932 ist für **Inhaber von Angelkarten** eine bestimmte Strecke der **städtischen Fischereigerechtigkeit** — nämlich **von der Unstrutbrücke bis zum Ende des Sportplatzes unter der Altenburg** — zur Ausübung des Angelsports freigegeben. Die **städtische** Fischereigerechtigkeit erstreckt sich lediglich auf die **rechte Hälfte des alten Unstrutbettes.** Die Schleusengräben und der sogen. Durchfisch sind staatliches Gebiet; der Mühlgraben gehört zur Mühlengerechtigkeit.

Es ist auch selbstverständlich, daß das Angeln nur von den an diese Strecke angrenzenden Gärten bezw. vom freien Ufer am Bleichplan und unter der Altenburg aus gestattet ist.

Wenn trotz dieser Klarstellung künftig noch Angler auf der Unstrutbrücke oder an anderen verbotenen Stellen bei Ausübung des Angelns betroffen werden, so muß empfindliche Bestrafung und Entziehung der Angelkarten erfolgen.

Nebra, den 24. Juni 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde. Grünberg.

Der

Sommermarkt in Nebra

findet vom 10. bis 12. Juli statt.

Der Magistrat.

Schau der Sozietäts-Anlagen.

Am 11. und 12. Juli d. Js. soll im Gebiet der Unstrut von Heldrungen bis Nebra auf Grund der Schauordnung vom 11. Jan. 1898, § 5

die Schau der Sozietätsanlagen

abgehalten werden, und zwar

am Dienstag, den 12. Juli d. Js.
in Nebra gegen 12 Uhr an der Unstrutbrücke.

Nebra, den 28. Juni 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

Drucksachen

aller Art
für alle Geschäftszwecke
für jeden Privatbedarf
in besten Ausführungen

liefert prompt und preiswert die

Buchdruckerei Wilh. Sauer
ROSSLEBEN

Freitag, den 1. Juli 1932, nachmittags 3 Uhr

sollen im Gemeindesaal (Pfarre) die hinter den Weinbergen und auf dem Kriebsdorf gelegenen Diakonatsäcker sowie der Diakonats-Kirschberg öffentlich meistbietend ab 1 Oktober d. Js. auf 6 Jahre **verpachtet** werden. Bedingungen im Termin.

Nebra, den 29. Juni 1932.

Der Gemeindekirchenrat.

Billige Lebensmittel!

Margarine	Pfd.	33 ₰
Cocosfett	„	35 „
Vollreis	„	19 „
Linsen	„	20 „
Erbsen, gelb	„	22 „

Weizenmehl 5 Pfd. 95 ₰

Maccaroni	Pfd.	38 ₰
Nudeln	„	38 „
Kakao, lose	„	68 „

Alfred Trede
Thams & Garfs
Nebra a. U., Breitestr. 21

Suche für sofort in Nebra

möbliertes Schlaf- und Wohnzimmer

mit Küchenbenutzung.

Offerten mit Preisangabe unter **R. L. 100** postlagernd Wiehe (Unstruttal) erbeten.

Wer verkauft

Wohn- oder Geschäftshaus, Villa, Landwirtschaft, Gasthof, Bau- u. Kiesgelände. Sof. Angebote an **R. Lohmeyer, Bremen,** Elsasserstr. 152.

Ein Inserat

im **Nebraer Anzeiger,** dem Heimatsblatt, **bringt Ihnen Gewinn!**

Leipziger Neueste Nachrichten

führen mit beträchtlichem Vorsprung im gesamten mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet!

Weitaus größte Auflage, — täglich ca. 180 000 — weitaus größter Anzeigenraum, größter Bestand an Familien-, Klein-, Fremdenverkehrs-Anzeigen aller mitteldeutschen Zeitungen

Sonach: Bestes Werbemittel — unersetzliche Lektüre!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320630-16/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meiz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 78 Donnerstag, den 30. Juni 1932. 45. Jahrgang

Deutsche Bilanz:

Schicksal Europas und der Welt.

Lausanne, 29. Juni.

Keine Konferenz stand vom ersten Tage an so stark unter dem Eindruck, daß es sich in Lausanne nicht nur darum handelt, endgültig das Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner zu bereinigen, sondern daß es darum geht, auf viele Jahre hinaus das Schicksal Europas und der Welt entscheidend zu bestimmen.

Die ganze Entwicklung des Reparationsproblems hat der ganzen Welt eindeutig zum Bewußtsein gebracht, daß die Reparationen nicht nur die deutsche Wirtschaft zerstören, sondern auch den wirtschaftlichen Wohlstand der Gläubiger und damit auch der übrigen Welt zu vernichten drohe. Mit einer auf bisherigen Konferenzen dieser Art unbekannten Offenheit und Freimütigkeit ist in den letzten Tagen zwischen Schuldner und Gläubiger das Reparationsproblem in allen seinen Einzelheiten erörtert worden. Deutscherseits hat man in mehrfachen ganz eingehenden Darstellungen alle bekannten Gründe vorgebracht, die gegen die Möglichkeit einer Fortführung des Reparationssystems sprechen. Die deutschen Vertreter auf der Reparationskonferenz haben immer wieder darauf hingewiesen, daß durch das Verschwinden der Reparationszahlungen gerade die von allen Völkern so sehnlichst herbeigewünschte Beruhigung internationaler Wirtschaftsbeziehungen eintreten wird. Nur die Schaffung einer völlig eindeutigen, klaren und für die Zukunft übersichtlichen Lage vermag das Vertrauen wieder zurückzuführen, das allein den Wiederaufbau der Welt und eine rasche Beendigung der gegenwärtigen katastrophalen Krise ermöglicht.

Es ist deutscherseits ein Sofortprogramm vorgeschlagen, das in erster Linie die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung Oesterreichs und Südeuropas herbeiführen soll. Darüber hinausgehend hat aber die deutsche Regierung ihre Mithilfe an allen Maßnahmen zugesichert, die im weitesten Rahmen einer Reorganisation der Weltwirtschaft dienen sollen. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, an einer Stabilisierung der internationalen Währungen auf einer internationalen Konferenz, an der Aufhebung der Handelshemmnisse und der Deviseneinschränkungen, an dem Abbau von prohibitiven Zöllen und ähnlichen Maßnahmen sofort mitzuwirken.

Eine besondere Rolle spielt in dieser Hinsicht die Idee eines sogenannten „Fonds commun", dessen Hauptaufgabe darin bestehen würde, durch Kredite den Ländern mit schwierigen Währungsverhältnissen eine zuverlässige Deckungsgrundlage zu schaffen. Auch hier hat die deutsche Regierung ihre Bereitschaft zur Prüfung und Mitwirkung erklärt. Bei den Bemühungen um eine Sanierung Europas komme Deutschland und Frankreich eine besondere Stellung zu.

Die Haltung der deutschen Regierung auf der Konferenz war vom ersten Tage an vollkommen konsequent. Es widerspricht vollkommen den Tatsachen, wenn behauptet wird, die Haltung der deutschen Regierung habe sich nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Berlin versteift. Die Ausführungen des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers in den letzten Tagen gingen immer in der Richtung, daß Vorschläge für ein neues System von Reparationszahlungen unmöglich sind und daß das deutsche Volk in seiner ungeheuren Not jeden solchen Vorschlag nicht verstehe und einmütig ablehnen würde.

Die deutsche These ist und bleibt, daß nur eine Streichung der Reparationen für alle Völker eine bessere Zukunft erhoffen lasse und daß in einer Zusammenarbeit im Rahmen des konstruktivsten Planes der einzig mögliche Weg zu erblicken sei, der zum Wiederaufbau Europas und der Welt führe.

MacDonald lädt Papen und Herriot zu sich

Der englische Ministerpräsident hat die Initiative ergriffen und vorläufig die Verhandlungsführung in die Hand genommen. MacDonald hat heute gleichzeitig den Reichskanzler und den französischen Ministerpräsidenten zu sich zu einer gemeinsamen Unterredung berufen, an der der englische Schatzkanzler Chamberlain und der französische Finanzminister Germain Martin teilnahmen. Kurz vorher hatte Reichsaußenminister von Neurath mit Chamberlain eine längere Besprechung.

Die Besprechung der drei Regierungschefs

Die gemeinsame Besprechung zwischen MacDonald, dem Reichskanzler von Papen und Herriot unter Beteiligung des französischen und englischen Finanzministers und des Reichsaußenministers von Neurath dauerte von 12 Uhr mittags bis kurz vor 14 Uhr.

Ueber den Verlauf dieser streng geheimen Unterredung wird lediglich mitgeteilt, daß die gemeinsame Besprechung der drei Regierungschefs weitergeführt wird. Es besteht der Eindruck, daß von englischer Seite energische Versuche im Gange sind, um eine Weiterführung der Tributverhandlungen zu ermöglichen, jedoch liegt ein praktisches Ergebnis bisher noch in keiner Richtung vor.

Angebliche Polenpläne des Kanzlers

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" will wissen, daß Reichskanzler von Papen angeblich den Wunsch habe, mit Hilfe Frankreichs eine vollständige Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen herbeizuführen.

In diesem Rahmen verfolge er einen Plan, wonach der Korridor „internationalisiert", Danzig an Deutschland zurückgegeben und Polen als Gegenleistung Freihafenerleichterungen erhalten solle, wie sie die Tschechoslowakei beispielsweise in Hamburg und Stettin genieße. Als ein weiteres Mittel zur Erleichterung der deutsch-polnischen Beziehungen habe von Papen einen Plan für die Aussöhnung der Donauländer im Sinne, in dessen Rahmen sowohl Deutschland als auch Polen einer Art Wirtschaftsunion zwischen den Donaustaaten beitreten würden.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" bemerkt zu dem angeblichen Gedanken einer Internationalisierung des Korridors, daß eine solche kaum von der ganzen deutschen Nation angenommen würde, da der Korridor auch in diesem Falle Deutschland immer noch in zwei Teile schneiden würde.

Reparationsleistungen von 1924 bis 1932

Nahezu eineinhalb Milliarden Mark.

Berlin, 29. Juni.

Der neue Reichshaushalt bringt auch einen Ueberblick über die Gesamtleistungen an Reparationszahlungen für die Rechnungsjahre 1924 bis 1932. Nach dem Dawesplan sind gezahlt worden vom 1. 9. 1924 bis 31. 8. 1929 7964,3 Millionen Reichsmark. Diese Summe gliedert sich in 800 Millionen für die Dawesanleihe, 2,4 Milliarden Zahlungen aus dem Reichshaushalt, 2,7 Milliarden Reichsbahn-Reparations-Schuldverschreibungen, Industrieobligationen 975 Millionen und Beförderungssteuer 1,1 Milliarde Goldmark.

Nach dem neuen Plan vom 1. 9. 1929 bis 30. 6. 1931 sind gezahlt worden 2855 Millionen Mark, davon 1645 Millionen Mark aus dem Reichshaushalt und 1210 als Reichsbahn-Reparationssteuer.

Nach dem Hooverplan sind in der Zeit vom 1. 7. 1931 bis 30. 6. 1932 71,5 Millionen Mark gezahlt worden. Das sind insgesamt 10 891,2 Millionen Goldmark.

Dazu kommen aber noch 508,6 Millionen Mark, die sich zusammensetzen aus dem Dienst der Aeußeren Anleihe 1924 in Höhe von 310 Millionen Mk., Zahlung nach dem Deutsch-Belgischen Markabkommen rund 60 Millionen Mark, Beitrag zu den äußeren Besatzungskosten 30 Millionen, Beitrag zu den Kosten der fremden Kommissionen 6 Millionen, einmalige Sonderanleihe bei der Bank für Internationale Zahlungen 62,5 Millionen, Dienst der internationalen Anleihe 1930 48 Millionen Mark.

Die Summe für alle Gesamtleistungen in der Zeit vom 1. 9. 1924 bis 30. 6. 1932 beträgt 11 399,8 Millionen Reichsmark.

Auch Genf festgefahren

Gibson wieder in Lausanne. — Um den Abrüstungsvorschlag Ameritas.

Lausanne, 29. Juni.

Der amerikanische Botschafter Gibson, der Führer der Genfer Abrüstungsabordnung der Vereinigten Staaten, traf Dienstag nachmittag unerwartet im Hotel Beau Rivage, dem Hauptquartier der englischen Regierung, ein und hatte dort eine längere Unterredung mit Macdonald, in der, wie verlautet, die weitere Behandlung des neuen amerikanischen Abrüstungsplanes und die Stellungnahme der englischen Regierung zu den amerikanischen Vorschlägen erörtert worden ist.

Die amerikanische Regierung verlangt eine baldige durchgreifende Erörterung der amerikanischen Vorschläge, während in den leitenden Kreisen der Abrüstungskonferenz die Absicht besteht, die Konferenz am 15. Juli auf mehrere Monate zu unterbrechen, ohne daß eine Durchberatung der amerikanischen Vorschläge stattfindet. Da die Arbeiten der Abrüstungskonferenz gegenwärtig fast vollständig ruhen, zeigt sich jetzt in Kreisen der Neutralen und der übrigen an der Lausanner Konferenz nicht beteiligten Mächte eine wachsende Mißstimmung über die fortgesetzte, jetzt schon fünf Monate andauernde Verschleppung der Abrüstungsentscheidungen. Man berät daher gegenwärtig in englisch-amerikanischen Kreisen, in welcher Weise nach dem Abschluß der Lausanner Konferenz eine Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz bewerkstelligt werden kann. Die großen Gegensätze in der Abrüstungsfrage konnten jedoch bisher noch nicht überwunden werden, so daß auch auf dieser großen internationalen Konferenz vorläufig kein Ausweg aus der Lage gesehen wird.

Reichsrat verabschiedet Etat

Berlin, 29. Juni.

Nach einem Vortrage des Generalberichterstatters Ministerialdirektors Dr. Brecht nahm der Reichsrat den Etat für 1932 an.

Der Generalberichterstatter flocht dann namens des Reichsrates eine Antwort an den französischen Ministerpräsidenten Herriot ein, in der es u. a. heißt: Im Ausland begegnet man oft der Vorstellung, daß unsere inneren Schulden, weil sie erheblich geringer seien als die Englands und Frankreichs, uns eine Vorzugsstellung im internationalen Wettbewerb einräumen könnten.

Unsere inneren Kriegs- und Vorkriegsschulden waren ebenso hoch oder höher als die Englands und Frankreichs. Weit mehr als 100 Milliarden Goldmark solcher Schulden sind durch die Inflation und minimale Aufwertung niedergeschlagen worden. Dadurch ist zwar das Reich als Schuldner entlastet, aber in genau demselben Maße die Bevölkerung finanziell verarmt. Deutschland hat seinen äußeren Gläubigern sechs bis acht mal soviel gezahlt wie seinen inneren Gläubigern.

Reichsinnenminister Frhr. von Gayl erklärte, die Reichsregierung habe sich genötigt gesehen, die in den Bestimmungen des Osthilfe-Gesetzes festgelegten Mindestbeträge für verschiedene Osthilfemaßnahmen herabzusetzen. Die Ausfälle gegenüber dem Osthilfe-Gesetz sollen jedoch durch Nachbewilligung ausgeglichen werden, sobald die Finanzlage des Reiches dies gestattet.

Da aus der Mitte des Reichsrats keinerlei Vorwegmeldungen vorlagen, wurde der Reichs-Etat ohne weitere Abstimmung als vom Reichsrat angenommen festgestellt.

Der Reichsrat nahm dann noch eine Reihe von Vorlagen an, auch den Entwurf einer Verordnung über Verlängerung der Gültigkeitsdauer über Umsatzsteuervergünstigungen für Ostpreußen um zwei Jahre.

Nächste Reichsratssitzung am 7. Juli.

Mißtrauen gegen Reichsregierung

Annahme im Sächsischen Landtag.

Dresden, 29. Juni.

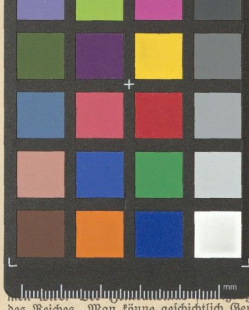
Im Sächsischen Landtag wurde nach längerer Aussprache über den kommunistischen Antrag, der Reichsregierung das schärfste Mißtrauen des Sächsischen Landtages zu bekunden, abgestimmt. 44 Stimmen lauteten auf Ja, 27 auf Nein bei 8 Enthaltungen der Deutschnationalen. Die nationalsozialistische Fraktion blieb während der Abstimmung außerhalb des Sitzungssaales. Der Antrag der Kommunisten ist demnach angenommen. Ebenso wurde ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig genehmigt, der verlangt, bei der Reichsregierung und im Reichsrat gegen die Notverordnung der Regierung von Papen Einspruch zu erheben, mit dem Ziel, die Kürzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge rückgängig zu machen und alle Maßnahmen, die eine Belastung der unteren Volksschichten mit sich bringen, zu unterbinden.

Die Konferenz der Polizeiminister

Berlin, 28. Juni.

Die amtliche Preußische Pressestelle teilt mit:

Der größere Teil der leitenden Länderminister ist heute, den 27. Juni, auf Einladung Preußens in Berlin zusammengetreten, um politische Fragen von besonderer Bedeutung zu erörtern. Die Konferenz ergab eine erfreuliche volle Uebereinstimmung der Erschienenen. Weitere Sitzungen gleicher Art sind von Fall zu Fall je nach Bedarf in Aussicht genommen.



gt hat

chen, 29. Juni.

ungen des „Daily
berichterstatters
n zur Frage der
ern veröffentlicht
auf Grund einer
Inhalt des Inter-
rt, die Wiederher-
da eine Trennung
geschlossen sei, die
chsverfassung zur
npassung an die
igkeit der Länder

Stellung des zu-
absoluten Monar-
ntwortete: Das ist
dem Standpunkt.
en. Die deutsche
n am Einkammer-
chten des Reichs-
urch Stände-Ver-
g habe Dr. Heim
et und an geeig-
ßfrage des Inter-
die Monarchie in
ntwortete er: Ich

iese Stunde kom-
egen den Bestand
des Reiches. Man könne geschichtlich Gewordenes nicht mit einem Schwamm auswischen.

38000 neue Siedler

Die Fortsetzung der vorstädtischen Kleinsiedlung.

Berlin, 29. Juni.

Die Reichsregierung hat zur Fortführung der vorstädtischen Kleinsiedlung auch für das Rechnungsjahr 1932 einen Betrag von 25 Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Ueber die Fortführung der Kleinsiedlung im einzelnen ist u. a. folgendes zu bemerken.

Die als Träger des Verfahrens für den zweiten Bauabschnitt in Frage kommenden Gemeinden und Gemeindeverbände werden bis zum 10. Juli einen Vorbescheid über die Höhe der ihnen zugeteilten Mittel erhalten. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit können nur solche Siedlungsvorhaben berücksichtigt werden, für die die Landbeschaf-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320630-16/fragment/page=0005